

Neuer Wohnungsnotstand - Deutschland braucht eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik

Zu Beginn des Jahres 2013 ist eine ernüchternde Bilanz zur Wohnungs- und Städtebaupolitik der letzten Jahre zu ziehen.

- Der aktuelle Immobilienwirtschaftsbericht stellt sprunghaft steigende Neuvertragsmieten nicht nur in den deutschen Metropolen fest.
- Haushalte mit unteren bis mittleren Einkommen müssen einen immer größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Miete und ständig steigende Heiz- und Stromkosten bezahlen.
- Junge Familien, Studierende und Auszubildende finden in Wachstumsregionen auch außerhalb der Ballungszentren kaum noch bezahlbaren Wohnraum.
- Der Anteil der Mietausgaben speziell für Rentnerhaushalte und Alleinerziehende ist weiter angestiegen.
- Die Angst vor Altersarmut und Verdrängung aus dem bisherigen Wohnumfeld wächst insbesondere bei denen, die mit lückenhaftem beruflichen Werdegang in den Ruhestand gehen.
- Während es noch vor der Wiedervereinigung allein in den alten Bundesländern nahezu 4 Millionen Sozialmietwohnungen gab, ist diese Zahl heute in ganz Deutschland mit weiter fallender Tendenz auf rund 1,6 Millionen abgesunken.

Das Bedürfnis nach gutem Wohnraum zu tragbaren Mieten ist zum aktuellen Wahlkampfthema geworden. Die bestehenden politischen Rahmenbedingungen sind nach wie vor nicht für bedarfsgerechte Investitionen in den Wohnungsbestand und in den Wohnungsneubau ausgelegt.

Wenn das Wohnen in Deutschland nicht zum Luxusgut werden soll, ist dringend die ausreichende Bereitstellung von energieeffizienten, generationengerechten und bezahlbaren Wohnungen erforderlich!

Seit mehreren Jahren liefert die Wohnungs- und Städtebaupolitik lediglich Einsparpotentiale für die öffentlichen Haushalte. Diese Entwicklung setzt sich fort, obwohl inzwischen belegt ist, dass die Etatmittel zur Förderung des Wohnungsbaus über Steuermehreinnahmen und höhere Sozialabgaben um ein Vielfaches zurückfließen, dabei die Binnenkonjunktur stützen sowie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Die unterzeichnenden Verbände der Planer, der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie die IG BAU und der DMB fordern daher eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik für Deutschland:

1. **Soziale Wohnraumförderung stärken**

Fortschreibung der Kompensationszahlungen bei bedarfsgerechter Anhebung des bisherigen Betrags von 518 Mill. Euro vom Bund an die Länder ab 2014 mit Zweckbindung für die soziale Wohnraumförderung und mit einer verpflichtenden Kofinanzierung durch die Länder. ► **Zur Sicherstellung des zukünftigen Bedarfs an Sozialmietwohnungen**

2. **Attraktivität des Wohnungsneubaus verbessern**

Aufhebung der Benachteiligung des frei finanzierten Wohnungsbaus durch Abbildung des tatsächlichen Werteverzehrs bei Verdopplung der linearen AfA von 2 auf 4 Prozent. ► **Zur Entlastung des Wohnungsmarktes in Ballungsgebieten**

3. **Energiewende durch energetische Gebäudesanierung voranbringen**

Einführung einer steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung und Aufstockung der KfW-Programme für energieeffizientes Bauen und Sanieren kurzfristig um 1,2 Milliarden Euro auf insgesamt 3 Milliarden Euro jährlich. ► **Zur Energieeinsparung und Heizkostensenkung privater Haushalte**

4. **Wahrung des Wirtschaftlichkeitsgebotes bei der Novellierung der EnEV**

Keine Verschärfung ordnungsrechtlicher Anforderungen für Neubau und Bestand und kein Aufbau neuer unverhältnismäßiger Kontrollsysteme. ► **Zur notwendigen Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich**

5. **Demografischen Wandel durch generationengerechtes Bauen absichern**

Etatausstattung des KfW-Programms für altersgerechtes Bauen mit min. 100 Mio. Euro, Verstetigung in den Folgejahren und Bereitstellung einer Zuschussvariante. ► **Zur Sicherung eines lebenslangen Wohnens in den eigenen 4 Wänden**

6. **Städtebauförderung als Leitprogramm der Stadtentwicklungspolitik**

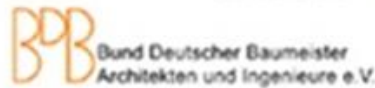
Aufstockung und Verstetigung der Etatmittel für die Städtebauförderung mit mindestens 700 Mio. Euro jährlich. ► **Zur Anpassung von Wohnumfeld und kommunaler Infrastruktur an ein generationengerechtes Wohnen**

7. **Ersatzneubau in der KfW-Förderstruktur ausreichend berücksichtigen**

Schaffung einer sinnvollen Alternative für den Ersatz älterer Wohngebäude, die leer stehen und nicht mehr wirtschaftlich saniert werden können. ► **Als Beitrag zur zukunftssicheren Anpassung der Innenstadtbereiche**

Positionspapier der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ zur Bundestagswahl 2013

Februar 2013



BUNDESVERBAND FREIER IMMOBILIEN-
UND WOHNUNGSUNTERNEHMEN E.V.



**Als Teilnehmer an der Aktion "Impulse für den Wohnungsbau" zeichnen
das Positionspapier zur Bundestagswahl 2013:**

Arbeitsgemeinschaft Mauerziegel e.V. (AMz)
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn

Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung e.V. (BAKA)
Elisabethweg 10
13187 Berlin

Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK)
Askanischer Platz 4
10963 Berlin

Bundesingenieurkammer (BIK)
Charlottenstraße 4
10969 Berlin

Bund Deutscher Architekten (BDA)
Köpenicker Straße 48/49
10179 Berlin

Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. (BDB)
Willdenowstraße 6
12203 Berlin

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (BBS)
Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB)
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V.
Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin

Bundesverband Flachglas e.V. (BF)

Mülheimer Straße 1
53840 Troisdorf

Bundesverband Leichtbeton e.V.

Sandkaulerweg 1
56564 Neuwied

Bundesverband der Gipsindustrie e.V.

Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW)

Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V.

Entenfangweg 15
30419 Hannover

Bundesverband Porenbeton e.V.

Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Bundesverband in den Gewerken Trockenbau und Ausbau e. V. (BIG)

Olivaer Platz 16
10707 Berlin

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGfM)

Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Deutscher Mieterbund e.V. (DMB)

Littenstr. 10
10179 Berlin

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. (HDB)

Kurfürstenstraße 129
10785 Berlin

Positionspapier der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ zur Bundestagswahl 2013

Februar 2013

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt

Industrieverband Werkmörtel e.V. (IWM)

Düsseldorfer Straße 50
47051 Duisburg

Verband Deutscher Zementwerke e.V. (vdz)

Kochstr. 6-7
10969 Berlin

Verband Fenster + Fassade e.V. (VFF)

Walter-Kolb-Str. 1-7
60594 Frankfurt a.M.

Verband Privater Bauherren e.V. (VPB)

Chausseestr. 8
10115 Berlin

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)

Kronenstraße 55 – 58
10117 Berlin

Koordination

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGfM)

Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Weiter Informationen finden Sie unter: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Berlin, den 28.02.2013